

Pressemitteilung 2026_07_01

Uneingeschränkte Freigabe zur Veröffentlichung (ganz oder auszugsweise)

17. Juli 2026

WerteUnion Förderverein e.V.

Kay-Achim Schönbach - **Vorsitzender**
Simone Baum - **Stellvertretende Vorsitzende**
Dr. Martin Lohmann - **Stellvertretender Vorsitzender †**
Markus Mittwoch - **Stellvertretender Vorsitzender**
Dr. Peter Roskothen - **Stellvertretender Vorsitzender**
Carl Maria Falck - **Schatzmeister**
WerteUnion Förderverein e.V.
Postfach 22 12
67512 Worms
office@werteunion-ev.de
Sitz: Plankstadt
Registergericht: AG Mannheim
Registernummer: VR 702453

Neues Bundesverfassungsschutzgesetz: WerteUnion-Förderverein warnt vor neuem Stasi-Überwachungsstaat

Der WerteUnion Förderverein warnt eindringlich vor den jüngsten Änderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Statt die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, schaffe das Gesetz die rechtliche Grundlage für einen ausufernden Überwachungsstaat, der seinen Bürgern misstraut. „Die Demokratie stirbt scheibchenweise“, hatte einst der ehemalige FDP-Vorsitzende und Außenminister Guido Westerwelle gemahnt; genau diese schleichende Erosion vollzieht sich heute.

Das neue Gesetz erweitert die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden erheblich: mehr Informationsübermittlung, engere Zusammenarbeit mit anderen Behörden und eine Ausweitung der Beobachtung „extremistischer“ Tendenzen. Besonders problematisch sind dabei Gummibegriffe wie „Verfassungsfeindlichkeit“ oder „delegitimierende Bestrebungen“. Sie öffnen Tür und Tor für eine Kriminalisierung von Opposition und Bürgern. Kritik an Massenmigration, Gender-Ideologie oder der Energiepolitik der Bundesregierung können so künftig noch leichter als „rechtsextrem“ eingestuft werden. Beunruhigend ist, dass verstärkt konservative und patriotische Stimmen ins Visier des neuen Spitzelstaates geraten, während offen linksextreme und islamistische Strukturen eher unterbelichtet bleiben.

Kay-Achim Schönbach, Vorsitzender des WerteUnion-Förderverein, erklärt hierzu: „Ein Verfassungsschutz, der sich primär gegen das eigene Volk richtet, verliert seine Legitimation. Hier drängten sich erschreckende Parallelen zur Stasi der DDR auf. Auch damals wurden Bürger nicht wegen konkreter Straftaten, sondern wegen 'falscher' Gesinnung bespitzelt.“ Der WerteUnion-Förderverein fordert daher klare gesetzliche Schranken: Beobachtung nur bei konkreten Straftaten oder unmittelbarer Gefahr, nicht aufgrund politischer Meinungen; volle Transparenz und unabhängige parlamentarische Kontrolle mit jährlichen Rechenschaftsberichten; wirksamer Schutz der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz; Fokussierung auf reale Bedrohungen wie islamistischen Terror, Clan-Kriminalität und linksextreme Gewalt, nicht auf besorgte Bürger.

Schönbach: „Wir stehen für die Werte der Bonner Republik: Freiheit, Rechtsstaat, nationale Souveränität und bürgerliche Verantwortung. Verhindern wir unbedingt dieses neue Verfassungsschutzgesetz, bevor es zum weiteren Sargnagel für die Demokratie wird. Wir brauchen keinen Überwachungsstaat, sondern einen Staat, der seine Bürger und ihre Grundrechte schützt!“ Der WerteUnion Förderverein ruft alle freiheitlich denkenden Bürger auf, sich zu engagieren und diese Botschaft zu teilen.

V.i.S.d.P: Daniel Matissek, Pressesprecher des WerteUnion Fördervereins e.V.

Kontakt: presse@werteunion-ev.de